

Transkription der Rede von Manfred Pesditschek (SPD)

Wir hatten ja sehr lange und umfangreiche Diskussionen zu diesem Thema mit teilweise sehr kontroversen Diskussionen. Nach der Beratung im Schulausschuss und vor allem nach der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses hatte ich vorübergehend die Hoffnung, wir könnten uns auf einen gemeinsamen Weg einigen, den alle mitgehen könnten – aber inzwischen hat es sich wohl herausgestellt, dass es sich da mehr um einen Betriebsunfall handelte: Das tut mir Leid. Dann denke ich, werden wir das doch Mal in aller Deutlichkeit aussprechen müssen, worum es hier eigentlich geht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir hatten uns in den vergangenen Wochen und Monaten schon über den einen oder anderen merkwürdigen Vorschlag der Verwaltung gewundert. Zunächst der Standort Rünigen für die integrierte Gesamtschule, dann Volkmarode. Beides Standorte, an denen hohe Millionenbeträge für die Errichtung einer fünfzügigen integrierten Gesamtschule aufgebracht werden müssten, während das am Standort Heidberg zum Nulltarif möglich wäre, die längst erforderliche Gebäudesanierung außen vor.

Dann kam die Elternbefragung, die hat das eigentlich noch deutlicher gemacht, mein Kollege Jordan hat das ja schon hier mitgeteilt: Die Elternwünsche in Braunschweig sind in ihrer Mehrheit – mehr als 50 Prozent – für die integrierte Gesamtschule, mit besonders guten Ergebnissen dort, wo es schon Gesamtschulen gibt oder dort, wo eine Gesamtschule in Reichweite sein könnte. Nun ist nach unserer Rechtsordnung die Logik, was das Schulsystem angeht ganz einfach: Das Land gibt den Rahmen vor, in dem Schulen zu errichten sind, die Kommune – also die Stadt Braunschweig – stellt das Bedürfnis fest und richtet Schulen anhand dieses Bedürfnisses ein. Das Bedürfnis, eine Schule als integrierte Gesamtschule im Süden der Stadt einzurichten ist so deutlich festgestellt worden, dass die Stadt versuchen müsste, im Einvernehmen mit der Schulbehörde hier eine Gesamtschule zu errichten. Genau das Gegenteil passiert aber. Herr Schuldezernent Laczny bleibt bei dem Standort Volkmarode.

Die Begründung dafür hat Frau Ratskollegin Lehmann im Schulausschuss in wünschenswerter Deutlichkeit geliefert: Die FDP lässt sich die Hauptschule nicht kaputt machen. Was heißt das denn? Diese Schulform muss unbedingt erhalten bleiben, unabhängig davon, ob die Eltern sie wollen oder nicht. Und das bedeutet wieder, den Eltern darf nicht die Möglichkeit gegeben werden, ihr Kind auf einer Schule einer anderen Schulform anzumelden, denn das verringert die Anmeldezahlen an der Hauptschule. Ähnlich, wenn auch ein bisschen vorsichtiger, hat die Kollegin Kaphammel argumentiert. Deswegen gibt es natürlich für diese beiden Kolleginnen und ihre Ratsfraktionen nur eine Konsequenz: Gerade da, wo der Wunsch nach einer Gesamtschule besonders groß ist, darf

keine neue errichtet werden. Dann würden ja die Eltern ihre Kinder dahin schicken und aus wäre es mit der Hauptschule, wie gesagt: 5 Prozent der Eltern man gerade wollen noch die Hauptschule. Je mehr Eltern im Süden der Stadt die IGS ankreuzen, desto sicherer war also die Ablehnung dieses Standortes durch die Mehrheitsfraktionen. Darum geht's und um nichts anderes.

Das ist auch die Begründung für den Standortvorschlag Volkmarode. In deren eigentlichem Einzugsbereich wohnen so wenig Kinder, dass damit nur anderthalb Klassen gefüllt werden können. Die Schüler für dreieinhalb Klassen müssen aus dem ganzen Stadtgebiet von außen heranzufahren, um diese Schule besuchen zu können. Und sie hoffen schlicht und einfach, dass die Eltern dieser Kinder auf Grund des langen Schulweges davon Abstand nehmen. Damit sie dann immer beweisen können: „Wir brauchen ja gar keine weitere Gesamtschule“. Es gibt eine vierte Gesamtschule in Braunschweig und die wird nicht richtig voll, also ist an eine fünfte gar nicht erst zu denken. Und um diese Ergebnis abzusichern, wird getrickst und vernebelt, dass es seine Art hat. Das fängt schon beim Beratungsgang an. Zunächst wurde ja überhaupt nur die Befassung im Schulausschuss und im Verwaltungsausschuss vorgesehen, damit eine unerwünschte Beschlussfassung im Schulausschuss nach bewährtem Muster im VA hinter verschlossenen Türen umgedreht werden kann. Erst auf Antrag meiner Fraktion wurde der Beratungsgang um die Behandlung in öffentlicher Ratssitzung erweitert. Ich vermute mal, das hätten sie auch noch abgelehnt, wenn das kommunalrechtlich möglich wäre.

Dann ging es mit der Termingestaltung so weiter. Die Sitzungstermine wurden so spät gelegt, wie es überhaupt nur möglich war. Während andere Kommunen die Genehmigungsbescheide für ihre Gesamtschulen schon auf dem Tisch haben, sind bei uns noch nicht einmal die Anträge gestellt. Eine großartige Leistung unserer Stadtverwaltung, die sicherlich überall Bewunderung finden wird. Und so geht es gleich weiter. Die Vorlage zur vierten IGS wurde so spät verschickt, dass weder Schulausschuss, Verwaltungsausschuss noch Rat nach Kenntnis dieser Vorlage noch Anträge hätten zeitgerecht einbringen können, sondern nur als Dringlichkeitsantrag – und die wurden dann natürlich oder, heute ja nicht mehr nötig, wurden dann von CDU und FDP abgelehnt, denn die nötige Zweidrittelmehrheit ist ja bei dieser Mehrheitsverteilung im Rat weder für die Dringlichkeit weder im Verwaltungsausschuss noch im Rat erreichbar. Wie gesagt, wir haben es ja ausprobiert.

Natürlich können aber leider zu einer solchen Verwaltungsvorlage Änderungsanträge eingebracht werden. Und da wird dann einfach behauptet, die seien nicht zulässig. Das ist schon inhaltlich ziemlich grotesk. Aber es hat einen wesentlichen Vorteil: Sie bereiten die staunende Öffentlichkeit darauf vor, dass für den Fall, dass zufälliger Weise eine unerwünschte Beschlussfassung passiert – vielleicht mit einer Zustimmung zu unserem Antrag – der OB den Beschluss beanstanden

kann, so dass er dann in der nächsten Ratssitzung umgedreht werden kann. So einfach ist das.

Dann gibt es ja auch noch andere Möglichkeiten. Zum Beispiel für die Beschlussfassung im Stadtelternrat, im Stadtschülerrat. Strickmuster: Versand der Vorlage am Freitag, Ankunft bei den Adressaten am Samstag – die hatten dann den ganzen Sonntag Zeit, sich das durchzulesen und am Montag findet dann unter Federführung der Verwaltung eine gemeinsame Sitzung statt, in der über unsere Vorschläge abgestimmt wird. Bei der Neigung solcher Gremien zur Einstimmigkeit ist das fast eine sichere Bank für die gewünschten Beschlüsse. Ich möchte dem Stadtelternrat und dem Stadtschülerrat meinen hohen Respekt dafür aussprechen, dass sie trotz dieser Vorgeschichte zusammen mit der Zustimmung zum Standort Volkmarode, die ich wie gesagt für falsch halte, die Forderung nach einer 5. Gesamtschule zeitgleich erhoben haben. Eine Tatsache, die leider von der Verwaltung bewusst verschwiegen wird. Auch bei dem Vortrag von Herrn Stadtrat Laczny.

Nun zum Inhalt der vorgelegten Vorlage: Die Verwaltung ist verpflichtet, dem Rat einen Vorschlag zu unterbreiten, soll dabei alle entscheidungsrelevanten Beweggründe aufführen und sachlich bewerten. Diese Forderung der NGO ist leider überall schon gänzlich aus der Mode gekommen, viele Verwaltungen halten es für legitim, wichtige Entscheidungsgrundlagen zu verschweigen, andere verzerrt oder falsch darzustellen – Hauptsache man erreicht da gewünschte Ergebnis, auch in diesem Fall. Ich habe Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann schon Anfang Oktober angeschrieben und ihm mitgeteilt, welche Fragen nach Auffassung der SPD-Fraktion in der Vorlage zur Standortentscheidung beantwortet werden müssten. Die erhaltene Antwort lautet, dass das auch der Fall sein werde. Ich zitiere: „ Die von Ihnen genannten und entscheidungsrelevanten Informationen über die voraussichtlich entstehenden Kosten, die Schulwegsituation und die Auswirkungen auf andere Schulformen werden selbstverständlich ebenfalls enthalten sein“, in der Vorlage, „das gilt auch für die Einrichtung einer Oberstufe für die IGS Querum.“ Unterschrieben: Laczny, Stadtrat.

Natürlich passierte nichts dergleichen. Suchen sie doch mal in der Vorlage. Wo ist die Aufschlüsselung des Raumbedarfs? Wo ist der Vergleich der Raumangebote beider Standorte? Wo ist die nachvollziehbare Kostenabschätzung? Wo sind die Auswirkungen auf die Anmeldezahlen bei den Schulen der übrigen Schulformen? Wo ist die Aussage über die Schulwege vom Süden nach Volkmarode oder von Volkmarode zu Haupt- und Realschulstandorten? Nichts dergleichen! Stattdessen Nebelkerzen und – na ja, ich habe hier in meiner Vorlage „Unwahrheiten“ geschrieben, dass will ich mal nicht ganz so ausdrücken. Es gibt Leute, die sagen das sogar noch brutaler – ich schildere einfach nur, was da steht.

Beispiel für die Nebelkerzen: Für die IGS im Heidberg werden 14,65 Millionen Euro, für den Standort Volkmarode 17,49 Millionen Euro als Kosten der IGS angegeben, um damit den Eindruck zu erwecken, die seien Beide etwa gleich teuer. Na, bei diesen Zahlen sieht das ja so über den Daumen gepeilt so aus. Das ist in doppelter Hinsicht Unfug. Erstens: Die Differenz beträgt immer noch 2,84 Millionen Euro. Nach alter Rechnung, der ich ab und zu auch noch angehöre, über 5 Millionen D-Mark. So. Vor allem haben diese Zahlen mit der IGS als Schulform überhaupt nichts zu tun. Der Löwenanteil der Summe sind Sanierungskosten, die auf jeden Fall entstehen, wenn beide Schulzentren als Schule weiter genutzt werden. Ganz egal, welche Schulform da drin ist, ganz unabhängig von der Schulform. Betrachtet man nur die notwendige Investition für eine IGS, müsste man schreiben: Volkmarode mindestens 6,5 Millionen Euro, Heidberg Null. N...U...L...L!

So, dann steht in der Vorlage, die Hauptschule Heidberg erfreue sich steigender Beliebtheit. Krasse Umkehrung der Tatsachen! Gucken sie sich doch das Ergebnis der Elternbefragung mal an! Wenn die so beliebt wäre, dann müssten sich doch zumindest im Umfeld die Eltern mit erheblicher Anzahl für diese Hauptschule entscheiden. Genau das Gegenteil ist der Fall, das beste Beispiel ist der Grundschulbezirk Heidberg selbst.

Zum Schulweg: Herr Laczny hält in einer Stadt wie Braunschweig einen Schulweg von 75 Minuten je Richtung für zumutbar. Das ist an sich schon interessant, denn hier ist nicht der Landkreis Gifhorn sondern die Stadt Braunschweig. Und er behauptet, diese Bedingungen seien in Braunschweig überall erfüllt. Das würde die Braunschweiger Verkehrs-AG ja sehr erfreuen. Ist aber leider nicht wahr. Nahezu aus allen Gebieten im Süden müssten Schüler für Volkmarode spätestens um 6 Uhr 30 das Haus verlassen, um um 8 Uhr in der Schule sein. Denn zu den reinen Fahrzeiten gehören auch noch Wegezeiten, man wohnt ja nicht unmittelbar an der Haltestelle, zumindest die allermeisten Schülerinnen und Schüler nicht. Und dann muss man auch noch einen Fahrplan einhalten. Die Busse und Bahnen fahren ja nicht so, dass der letzte Bus, oder dass alle Busse gleichzeitig vor der Schule sind.

Weiter zu den Nebelkerzen und zu der Informationspolitik: Einige Angaben, die die SPD angefordert hat, sind in einer Präsentation enthalten, die der Schulausschuss-Sitzung vorgeführt wurde, ohne Ankündigung, ohne die Möglichkeit, die wichtigsten Ergebnisse mitzuschreiben. Wir haben dann darum gebeten, dass uns die Folien zur Verfügung gestellt werden über Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, der immer wenn wir um zusätzliche Ergebnisse, um zusätzliche Zahlen gebeten haben dafür gesorgt hat, dass wir die gekriegt haben. Leider Gottes bekamen wir diese Folien erst Gestern. Wir hätten sie schon liebend gerne vor der Schulausschuss-Sitzung gehabt. Übrigens, diese Behandlung von Ausschüssen gilt nicht nur für den Schulausschuss. Meine Kollegen im Sportausschuss haben da ihre eigenen

Erfahrungen mit Herrn Laczny gemacht. Da gab es mal eine Nachfrage nach dem Stand des Baufortschritts der Sporthalle an der Integrierten Gesamtschule Weststadt. Gab es im Schulausschuss keine Auskunft, weil da wäre überhaupt nichts Neues und nichts zu berichten. Am nächsten Tage, wurde der Bauausschuss bis ins einzelne über den Baufortschritt dort unterrichtet. Herr Laczny wusste entweder nichts davon oder wollte nichts davon wissen. Welche dieser beiden Erklärungen für den zuständigen Dezernenten für Sport und Schule besser ist, das können sie alle selber entscheiden.

Ich habe nun wirklich viel Erfahrung im Umgang mit Kommunalpolitik. Aber ein solcher Umgang eines Dezernenten mit Rat und seinen Ausschüssen ist beispiellos. Gott sei Dank auch sonst hier im Haus nicht üblich. Ich denke inzwischen mit Vergnügen - damals fand ich das gar nicht so vergnüglich – immer noch daran zurück, als der Schulausschuss mal beschlossen hatte, er wollte auch in Schulen tagen und Herr Dezernent Laczny ernsthaft versuchte, das dem Schulausschuss zu verbieten. Muss man sich mal vorstellen: Der Schulausschuss ist der Ausschuss des Schulträgers, der sich unter anderem mit dem Zustand der Schulen, den notwendigen Erhaltungsinvestitionen, dem Bauzustand befasst, aber reingucken dürfen wir nicht, wir könnten ja feststellen, was da zu machen ist, das ist schon interessant. Also: Mit seiner IGS -Vorlage macht Herr Laczny genauso weiter, wie wir ihn kennen. Er ist nicht interessiert an einer zukunftssicheren Schullandschaft in Braunschweig, sondern fühlt sich nur dafür zuständig, den konservativen Teil der CDU-Basis zu bedienen. Und das bedeutet in Braunschweig: Alles bleibt so wie es ist.

Vor allem das dreigliedrige Schulsystem. Das bezieht sich nicht nur auf Gesamtschulen. Ich erinnere an seine Haltung zu Ganztagsgrundschulen: Zunächst vollständige Ablehnung, dann hatten wir einen Kommunalwahlkampf, in dem ein Kandidat einer bedeutenden Partei sich stark machte für die Einrichtung von Ganztagsgrundschulen im Grundschulbereich und dann stellte sich heraus, bei wie vielen Eltern zumindest diese Forderung Anklang fand. Und auf einmal gab es dann auch eine Umkehr hier in der Stadtverwaltung und es wurden einige wenige Schulen als Ganztagsgrundschulen zugelassen. Andere Anträge von Schulen wurden aus Kostengründen abgelehnt, die Verwaltung hat das noch im Herbst vorigen Jahres gemacht bei vier Anträgen von Grundschulen. Eine Verwaltung, die problemlos Millionen ausgeben will für den Ganztagsausbau von Hauptschulen, die überhaupt nicht mehr besucht werden, hat es für nicht sinnvoll gehalten, dieses Geld für Grundschulen auszugeben. Das ist dann Gott sei Dank vom Schulausschuss einstimmig und hinterher dann wenigstens in größten Teilen auch von den Mitgliedern der CDU- und FDP-Ratsfraktionen geändert worden, wofür ich immer noch dankbar bin.

Ein weiteres Beispiel: Zum Haushalt 2009 haben wir einen Antrag eingebracht, die Verwaltung möge mit den Schulvorständen der Grundschulen über den möglichen Ganztagsbetrieb beraten, Absichten erkunden, Hilfestellungen leisten. Herr Laczny lehnte diese Zumutung empört ab. In der Vorlage der Verwaltung zum Schulausschuss finden sich folgende Sätze: „ Der Vorschlag, hierüber mit den Schulvorständen der nicht als Ganztagschulen arbeitenden Grundschulen zu sprechen, würde bedeuten, mit 35 Schulvorständen in Gespräche einzutreten. Das wäre ein unverhältnismäßig hoher Arbeitsaufwand.“

Dabei ist eins vollkommen klar: Solche Gespräche gehören zu den Standardaufgaben des Schulträgers! Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben gibt es einen Schuldezernenten, dafür wird der auch bezahlt. So etwas nicht zu machen, grenzt an Arbeitsverweigerung. Konsequenz wird auch die seit Jahren dringend erforderliche Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes herausgeschoben. Wie gesagt: Alles soll so bleiben, wie es ist, wie teuer und ineffektiv ein derartiger Verzicht auf Planung auch ist. Siehe Hauptschule Rothenburg, siehe Hauptschule Schuntertsiedlung. Hier wurden Millionenbeträge in den Sand gesetzt, die woanders viel angewendet worden wären. Zum Beispiel an der Hauptschule Pestalozzistrasse, zum Beispiel an der Oberstufe der IGS Querum. Keine vorausschauende Planung, kein System. Nur Vorschläge auf Grund tagespolitischer Vorgaben. Trauerspiel!

Wäre dazu der von mir schon angesprochene merkwürdige Umgang mit den Ratsgremien:

Hier werden Auskünfte verschwiegen oder verweigert. Mit juristischen Argumenten wird versucht, Ausschüsse zu gängeln. Das letzte Beispiel zu diesem Thema war aus meiner Sicht die Kostendiskussion zur vierten Gesamtschule. Wir haben bei der Beratung, oder als die Verwaltung in den Schulausschuss den Vorschlag Volkmarode einbrachte, gesagt, wir würden gerne wissen, wie viel das kostet. Und zwar im Vergleich zum Schulzentrum Heidelberg. Herr Laczny damals mit voller Überzeugung: Solche Kosten können gar nicht genannt werden! Weil: Das hängt vom pädagogischen Konzept ab und das pädagogische Konzept wird von einer Planungsgruppe entwickelt, die Planungsgruppe gibt es noch gar nicht, also können keine Kosten genannt werden. Also das war die Auskunft von Herrn Laczny vorigen Herbst. Inzwischen stehen in dieser Vorlage Kosten auf Promille genau.

Ohne Planungsgruppe, ohne pädagogisches Konzept – ohne Alles. Schon interessant, wie das dann in praxi stattfindet.

Zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion: Wir halten den Standort Heidelberg für eine vierte Gesamtschule für viel besser geeignet als den Standort Volkmarode. Wir würden ihn dennoch mittragen, wenn kurzfristig mit einer 5. IGS zu rechnen wäre, für die dann nur – leider – das Schulzentrum Heidelberg in Frage käme. Deshalb bleiben wir auch bei unserem Vorschlag, unmittelbar eine fünfte Gesamtschule zu beantragen.

Wenn in der Abstimmung es dafür auch Stimmen aus dem CDU- und FDP-Lager gibt, werden wir auf alle weiteren Anträge verzichten und dem Rest der Verwaltungsvorlage zustimmen, denn: Sich um ein Jahr um einen Schulstandort zu streiten, lohnt wirklich nicht. Wenn wir aber, wie zu befürchten ist, davon ausgehen müssen, dass die Mehrheitsfraktionen weiterhin aus Artenschutz für die Hauptschule jede sinnvolle Erweiterung des Schulsystems in Braunschweig blockieren, dann werden wir die Anträge alle durchtragen.

Eins ist mir vollkommen klar: So etwas kann man nicht über Zufalls-Mehrheiten erreichen.

Deswegen hätte die SPD eigentlich auch heute, wie von der CDU kurz angesprochen wurde, einem Pairing-Verfahren zustimmen können. Ist vollkommen klar, selbst wenn durch einen dummen Zufall, beispielsweise, weil zwei Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion vorübergehend den Raum verlassen und gerade dann die Abstimmung ist, wenn wir durch einen puren Zufall eine solche Abstimmung gewinnen bei einer solchen komplexen Frage, hat das gar nichts zu bedeuten: Das lässt sich Alles wieder rückgängig machen.

Nur: Wir sind es den Eltern der Kinder im Süden der Stadt schuldig, aufzuzeigen, wer hier wofür stimmt, für was stimmt und warum! Und wir werden mit Klauen und Zähnen dafür kämpfen, dass die Eltern im Süden der Stadt in einem zumutbaren Schulweg ihre Kinder in einer IGS unterbringen können, so wie sie das wollen. Wir halten es da mit dem amerikanischen Pop-Sänger Bruce Springsteen. Der sagt in einem seiner Songs so schön:

„no retreat, no surrender!“

Danke für ihre Aufmerksamkeit!